

«Florida»-Affäre im Kalten Krieg

Hubacher und der Maulwurf

von Marc Tribelhorn 11.7.2016, 07:00 Uhr

Ende der 1960er Jahre beschafft die Schweiz ein neues Frühwarn-Radarsystem. Die hohen Militärs vermeiden es jedoch, über die schweren Mängel zu informieren – ein Blick zurück.



Eine Staatsaffäre? SP-Nationalrat Helmut Hubacher im Jahre 1969. (Bild: Jürg Müller / Keystone)

Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wenn hierzulande grosse Rüstungsgeschäfte anstehen, dann knallt es. So auch im Falle von «Florida», einem zentralisiertem Frühwarn-Radarsystem für die Flieger- und Flabtruppen: Mit neuen, in den Alpen einbetonierten Radaranlagen soll im Kalten Krieg der Luftraum weit über die Landesgrenze hinaus nach feindlichen Flugzeugen abgesucht werden. Die Übermittlung des Erspähten erfolgt elektronisch, die Abwehr mittels Mirage-Kampffjets und Bloodhound-Raketen wird zentral dirigiert. 1965 beschliesst das Parlament die Anschaffung dieses Hightech-Systems aus amerikanischer Produktion, das noch nirgends erprobt worden ist. Kostenpunkt 203 Millionen Franken. Die Linken sowie diverse Militärexperten wie der Oberstkorpskommandant und Strategiefuchs Alfred Ernst opponieren zwar: Zu kompliziert und zu verletzlich sei «Florida», zudem würden tief fliegende Objekte wie Helikopter gar nicht erfasst. Aber die Kritik ist vergeblich. Die Bürgerlichen schliessen die Reihen mit dem simplen Motto: Wer für die Landesverteidigung ist, muss «Florida» akzeptieren. Doch nur kurz nach der Mirage-Affäre folgt damit bereits der nächste Armee-Skandal.

«Neue Leiche im Bunker»

Nachdem das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) in seinem Geschäftsbericht in kargen Zeilen ausgeführt hat, dass die Installation des neuen Verteidigungssystems problemlos verlaufe, lässt der Basler SP-Nationalrat Helmut Hubacher in der Sommersession 1969 die Bombe platzen. Ihm liege das Protokoll von einem «Top Secret Hearing» vor, an dem rund 40 Experten des EMD ungeschminkt ihre Kritik vorgebracht hätten. Dieses ihm anonym zugespilte Dokument gebe «zur berechtigten Befürchtung Anlass, dass da eine neue Leiche im Bunker liege», erklärt Hubacher. Auf den 38 Seiten fänden sich serienweise Vorbehalte. Ob das Projekt innert nützlicher Frist zu einem befriedigenden Abschluss gebracht werden könne, stehe in den Sternen, erfahre man dort etwa. Oder auch: «Es ist nicht alles schlecht und misslungen.» Aha! Am meisten Nachhall findet aber die Aussage, es sei nicht sicher, ob man auf dem «Florida»-Radarschirm je einmal «eine Wolke von einem Flugzeug werde unterscheiden können».

Der offenbar ahnungslose Verteidigungsminister Rudolf Gnägi ist irritiert und spricht von einer «recht massiven Überraschung». Er wird auf Antrag Hubachers vom Parlament ver-

pflichtet, einen Zusatzbericht über die «Florida»-Beschaffung vorzulegen. Hat die Armeespitze etwa Bundesrat und Parlament hinters Licht geführt?

Die Medien berichten grossflächig und mit schrillen Tönen. Das EMD übt sich im Kleinreden: Hubacher habe Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen. Kritisiert wird überdies, wie sich der Sozialdemokrat ohne Rücksicht auf Staatsgeheimnisse inszeniert habe und seine Rede am folgenden Tag auch noch in der von ihm geleiteten «Basler AZ» weiterverbreitet habe. Droht nun gar eine Pressezensur durch das EMD?

Bereits Mitte Oktober präsentiert Bundesrat Gnägi den «Florida»-Bericht. Wegen technischer Probleme sei mit einer Verzögerung von rund zwei Jahren zu rechnen. Die aufgetretenen Schwierigkeiten seien «zweifelloos ärgerlich», räumt Gnägi ein: «Sie weichen in ihrem Ausmass aber nicht von jenen Problemen ab, die sich auch im zivilen Sektor bei der Einführung von Computersystemen vergleichbarer Grössenordnung jeweils ergeben haben.» Er verspricht, die Lieferfirma, die Hughes Aircraft Company, werde sich nun mit allen gebotenen Mitteln darum kümmern. Weiterhin nebulös bleibt jedoch, ob die verantwortlichen Militärs hinter dem Rücken der Regierung operiert haben.

Die Suche nach dem Leck

Das EMD sucht derweil fieberhaft nach dem Maulwurf, der Hubacher die brisanten Unterlagen ausgehändigt hat. Die Militärjustiz lädt den SP-Nationalrat vor, der sich aber auf seine parlamentarische Immunität beruft und jegliche Auskunft verweigert. Das Gesuch um Aufhebung der Immunität geht schliesslich an die Geschäftsprüfungskommission, die Hubacher zur Anhörung aufbietet. Zur Vorbereitung will er sich von Erich Varrone einige Fachausdrücke aus den Geheimunterlagen erklären lassen. Varrone ist Oberstleutnant und ein angesehener, aber unbequemer Militärexperte. Hubacher schickt seine Redaktionssekretärin mit den als vertraulich klassifizierten Dokumenten zu ihm nach Bern. An einem Donnerstagmorgen nimmt Varrone die «heisse Ware» entgegen, wird aber noch am Gleis von vier Beamten verhaftet. Bald ist klar: Die Bundesbehörden haben Hubachers Telefon abgehört, um das Leck im EMD zu finden.

Varrone sitzt fünf Tage in Untersuchungshaft. Er wird verhört, sein Haus durchsucht und sein privates Archiv abtransportiert. Nachgewiesen werden kann ihm aber nichts. In der Presse werden die «Polizeistaat-Methoden» und die «irregeleitete Militärjustiz» gegeisselt. Der «Tages-Anzeiger» resümiert «Vom Betriebsunfall zur Staatsaffäre», während sich die NZZ von der neuen Eskalationsstufe unbeeindruckt zeigt («Von echten Problemen und aufgeblasenen Affären»).

Viel Geld gespart

Durch die abgefangenen Unterlagen gelingt es der Militärjustiz indes, Hubachers Informanten ausfindig zu machen und zu verhaften. Es ist ein EMD-Beamter namens Hübscher, der unter dem Pseudonym «Fred Reimer» Hubacher die heimlich fotokopierten Dokumente geschickt hat. Als Grund für die Indiskretion nennt er zunächst persönliche Ressentiments gegenüber Vorgesetzten, betont vor Divisionsgericht aber, er habe verhindern wollen, dass aus «Florida» ein neuer Mirage-Skandal würde. Er habe vorsätzlich einem Unbefugten Dokumente von grosser Geheimstufe zukommen lassen, befindet hingegen das Gericht – und verurteilt den Whistleblower zu einer bedingten Gefängnisstrafe von zehn Monaten.

Erich Varrone, der sich keiner Verletzung militärischer Geheimnisse schuldig gemacht hat, erhält später vom EMD ein Schmerzensgeld. Das Parlament lehnt überdies die vom militärischen Untersuchungsrichter beantragte Aufhebung von Helmut Hubachers Immunität ab. Der «Florida»-Coup schärft zudem das kantige Profil des Politikers, der rasch zum mächtigen Parteipräsidenten avanciert. Und auch Dank von unerwarteter Seite wird ihm noch zuteil. Der Luftwaffenchef Walter Dürig würdigt seine Intervention Jahre danach in einem persönlichen Gespräch: «Sie haben uns einige Millionen eingespart, die vom Lieferanten übernommen wurden. Dafür möchte ich Ihnen danken.»

Und das «Florida»-System? Es wird verspätet in Betrieb genommen, erweist sich jedoch als erstaunlich beständig – und wird erst 2003 ersetzt.